



Regelmäßig wird vor dem Heppenheimer Schulamt dafür demonstriert, die Gehaltsstufe von Grundschulpädagogen anzuheben.

© *Zelinger*

BERGSTRASSE

DEMONSTRATION: GEWERKSCHAFTLER KÄMPFEN VOR DEM SCHULAMT IN HEPPENHEIM DAFÜR, DAS GEHALT VON GRUNDSCHULLEHRER*INNEN ANZUHEBEN

Pädagogen fordern A 13 für alle

16. November 2017 Autor: Thomas Zelinger (thz & zet)

BERGSTRASSE

Vielleicht ist es ja tatsächlich der stete Tropfen, der den Stein höhlt. Jedenfalls hat sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - kurz GEW - mit dem Verband Bildung und Erziehung (VBE) an der Seite auf die Fahnen geschrieben, in schöner Regelmäßigkeit darauf aufmerksam zu machen, dass Grundschullehrer*innen anders bezahlt werden als deren Kolleg*innen, die an anderen Schulformen tätig sind. Und das immer dann, wenn der Tag da ist, an dem Grundschullehrer wegen des geringeren Einkommens im Vergleich beginnen umsonst zu arbeiten - rein rechnerisch -, während ihre Kollegen weiterhin bezahlt werden.

Fakt ist, dass Grundschullehrer*innen ein geringeres Einkommen haben als andere Lehrkräfte. Gleiches Geld, konkret "A 13 für alle", lautet die Forderung, die in diesen Novembertagen erneut öffentlich von den Lehrervertretern erhoben wird. In Heppenheim hatte die GEW wieder gemeinsam mit dem VBE zum Protest aufgefordert. Vor dem Staatlichen Schulamt für den Kreis Bergstraße und den Odenwaldkreis formierten sich etliche

Pädagoginnen und Pädagogen. Sie verliehen ihrem Unwillen über die Ungleichbehandlung Nachdruck, indem so mancher symbolisch einen leeren Geldbeutel nach oben streckte. Der finanzielle Spielraum für eine bessere Entlohnung der Lehrkräfte an Grundschulen zeichne sich inzwischen ab, argumentiert die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Sie verweist auf in Hessen sprudelnde Steuereinnahmen.

HAUCK SPRICHT VON "SKANDAL"

Unter den Protestierenden waren der stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen, Tony Schwarz, und die Vorsitzende des VBE-Regionalverbands, Hanne Thron-Dams. Beide stehen an der Spitze des Gesamtpersonalrats Bergstraße/Odenwald der Lehrerinnen und Lehrer. Auch die stellvertretende Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte am Schulamt, Christine Hauck, erklärte sich solidarisch mit dem Protest und sieht in der Ungleichbehandlung einen "Skandal". thz

Die GEW spricht in einer Pressemitteilung von einer, so die Formulierung, diskriminierenden Besoldung der Grundschulpädagog*innen. "Kleine Kinder - kleines Geld" sei ein veraltetes Motto. Vielmehr gelte es, "das Gehalt an die gestiegenen Anforderungen und den tatsächlichen Wert der frühen Bildung für die Gesellschaft anzupassen".

Es geht auch um Anerkennung

Außerdem sehen die Gewerkschafter*innen in der Anhebung der Besoldung eine Chance, den Beruf für Nachwuchskräfte attraktiver zu machen. Wörtlich heißt es: "Aus Sicht der GEW ist die Aufwertung von A 12 nach A 13 - um eine Stufe - schon deshalb dringend geboten, um dem Mangel an Grundschullehrkräften in Hessen zu begegnen." Ansonsten, so eine Standortbestimmung beim Bergsträßer GEW-Vorstand, führe "der bestehende und zukünftige Mangel an ausgebildeten Grundschullehrkräften zu einer weiteren unverantwortlichen Verschärfung der Arbeits- und Lernbedingungen an Grundschulen".

Untermauert wurden die Forderungen durch die Übergabe einer Resolution des VBE-Regionalverbands Bergstraße/Odenwald an die Adresse der Schulamtsleitung. In dem Papier wird unter anderem beklagt, dass die Arbeit der Lehrkräfte an Grundschulen von weiten Teilen der Gesellschaft und der Politik noch immer geringgeschätzt werde. Zugleich wird betont, welche Basis-Arbeit an den Grundschulen geleistet wird. Dort würden "die Grundlagen für das Lernen an der weiterführenden Schule und für das lebenslange Lernen" vermittelt.

Den Demonstranten geht es also um mehr als Geld - vielmehr auch um eine deutliche Aufwertung des Ansehens. Außerdem fordert der VBE in seiner Resolution "ein ausreichendes Zeit- und ein finanzielles Budget", damit Grundschulen Lehrern Fortbildungen ermöglichen können, die der Wandel in den Schulen - Inklusion, Ganztagschule, Integration von Flüchtlingskindern - notwendig machen. Und: "Schule muss entbürokratisiert werden."